Haushalts- und Finanzplanung 2023 – 2026

Erläuterungen zum Sonderbereich 9 Zentrale Finanzleistungen

I. Ergebnisplan

Die erwarteten Erträge und Aufwendungen im Teilergebnisplan des Sonderbereiches 9 führen zu folgender Planung:

Haushaltsplan-Entwurf 2023		Haushaltsplan			Finanzplan		
		2021	2022	2023	2024	2025	2026
		TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR
Teil-Ergebnisplan							
Bereich 91 - Zentrale Finanzleistungen							
Ertrags- und Aufwandsarten							
1	Steuern und ähnliche Abgaben	117.718	116.274	125.178	132.206	137.770	142.949
	<i>Grundsteuer A</i>	332	335	328	331	334	337
	<i>Grundsteuer B</i>	17.611	17.659	17.742	17.813	17.884	17.956
	<i>Gewerbsteuer</i>	52.695	51.000	57.240	61.817	65.007	67.542
	<i>Gemeindeanteil a.d. Einkommensteuer</i>	35.062	35.414	37.353	39.496	41.559	43.887
	<i>Gemeindeanteil a.d. Umsatzsteuer</i>	8.518	7.258	7.468	7.618	7.753	7.890
	<i>Vergnügungssteuer</i>	299	731	801	801	801	801
	<i>Hundsteuer</i>	409	408	418	418	418	418
	<i>Kompensationsleistungen (insb. Familienleistungsausgl.)</i>	2.794	3.469	3.828	3.912	4.014	4.118
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	29.235	26.906	30.426	35.237	35.888	36.866
	<i>Schlüsselzuweisung</i>	26.504	26.184	29.700	34.511	35.162	36.140
	<i>Aufwands- und Unterhaltungspauschale</i>	595	722	726	726	726	726
	<i>Abrechnung Einheitslastenbeteiligung</i>	2.136	0	0	0	0	0
	<i>Erstattungen nach ATZ-Gesetz (nicht planbar)</i>	0	0	0	0	0	0
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte (WUB)	249	0	0	0	0	0
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen (nicht planbar)	0	0	0	0	0	0
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	5.020	4.126	4.027	4.066	4.091	4.091
	<i>Konzessionsabgaben Energie- und Wasserversorgung</i>	4.015	3.906	3.947	3.986	4.011	4.011
	<i>Zinsen u. Verspätungszuschläge Gewerbesteuer</i>	277	220	80	80	80	80
	<i>Anpassung Wertberichtigungen (nicht planbar)</i>	0	0	0	0	0	0
	<i>Veränderungen Rückstellungen (nicht planbar)</i>	728	0	0	0	0	0
10	= Ordentliche Erträge	152.222	147.306	159.631	171.509	177.749	183.906
11	- Personalaufwendungen	1.702	81	83	85	87	89
	<i>Veränderungen Altersteilzeit</i>	156	0	0	0	0	0
	<i>Veränderungen Wechsel zu and. Dienstherren</i>	38	81	83	85	87	89
	<i>Veränderungen sonst. Rückstell. (nicht planbar)</i>	1.508	0	0	0	0	0
12	- Versorgungsaufwendungen	4.964	5.750	6.000	6.186	6.378	6.575
13	- Aufw. für Sach- und Dienstleistungen (WUB)	246	0	0	0	0	0
15	- Transferaufwendungen	40.258	41.663	50.458	51.267	54.002	56.334
	<i>Gewerbesteuerumlage</i>	4.238	4.151	4.659	5.032	5.291	5.498
	<i>Kreisumlage</i>	34.880	36.372	44.636	45.072	47.548	49.673
	<i>Krankenhausinvestitionsumlage</i>	1.140	1.140	1.163	1.163	1.163	1.163
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen (nicht planbar)	642	0	0	0	0	0
17	= Ordentliche Aufwendungen	47.813	47.494	56.541	57.538	60.467	62.998
18	= Ordentliches Ergebnis	104.409	99.812	103.090	113.971	117.282	120.908
19	+ Finanzerträge	2	0	0	0	0	0
20	- Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	1.737	2.760	2.696	4.580	6.184	7.020
21	= Finanzergebnis	-1.734	-2.760	-2.696	-4.580	-6.184	-7.020
22	= Ergebnis der lfd. Verwaltungstätigkeit	102.675	97.053	100.394	109.391	111.098	113.888
23	+ Außerordentliche Erträge	9.581	8.526	7.990	3.553	3.086	0
25	= Außerordentliches Ergebnis	9.581	8.526	7.990	3.553	3.086	0
26	= Ergebnis - vor Berücksichtigung der Internen Leistungsbeziehungen	112.256	105.579	108.384	112.944	114.184	113.888
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	192	172	157	157	157	157
29	= Teilergebnis	112.448	105.751	108.541	113.101	114.341	114.045
<i>nachrichtlich</i>							
<i>Ergebnisplanung 2022-2025</i>				105.845	109.475	111.505	
<i>Veränderung</i>				2.697	3.626	2.836	
				2,55%	3,31%	2,54%	

Für 2023 ist gegenüber der bisherigen Finanzplanung mit 2,697 Mio. EUR oder 2,55 % eine **Verbesserung des Teilergebnisses** zu verzeichnen. Gegenüber dem Vorjahr verbessert sich das Teilergebnis um 2,791 Mio. EUR oder 2,64 % auf 108,541 Mio. EUR.

Die weitergehenden Prognosen sind überwiegend anhand der Orientierungsdaten des Landes für 2022 – 2025 erfolgt, da sich die Landesregierung aufgrund des Regierungswechsels zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht in der Lage sieht, die Orientierungsdaten für die Jahre 2023 - 2026 herauszugeben

Erträge

Die Hebesätze für die Realsteuern wurden zunächst unverändert aus dem Vorjahr übernommen:

- Grundsteuer A 440 v.H.
- Grundsteuer B 600 v.H.
- Gewerbesteuer 430 v.H.

Beim Vergleich mit den **Hebesätzen vergleichbar großer Städte in Nordrhein-Westfalen** (vgl. Anlage 8) fällt auf, dass nur drei Städte einen geringeren Hebesatz bei der **Gewerbesteuer** haben. Der Hebesatz für die **Grundsteuer B** liegt um 19 Prozentpunkte (Vorjahr 3 Prozentpunkte) unter dem Durchschnitt vergleichbarer Kommunen. Für die **Grundsteuer A** hat die Anhebung zum 01.01.2018 zu einer anderen Situation geführt.

Unter Berücksichtigung des aktuellen Bescheidstandes müssen die Planungsgrundlagen für die **Grundsteuer A** um 10 TEUR vermindert werden. Aufgrund der Steigerungswerte in den Orientierungsdaten verringert sich der Ansatz allerdings nur um 7 TEUR.

Für die **Grundsteuer B** ermöglicht der aktuelle Bescheidstand eine Erhöhung der Planungsgrundlagen um 30 TEUR. Hierauf sind die in den Orientierungsdaten enthaltenen Steigerungssätze, wie in den vergangenen Haushaltsplanungen anhand von Erfahrungswerten um jeweils 0,5-Prozentpunkte gekürzt, angewandt worden. Für 2023 ergeben sich dadurch gegenüber 2022 Mehrerträge von 83 TEUR.

Die **Gewerbesteuer** entwickelt sich auch in 2022 positiv. Die Festsetzungen liegen aktuell um ca. 2,5 Mio. EUR über dem Haushaltsansatz und damit bei rund 53,5 Mio. EUR. Diese Tendenz war bereits im Berichtswesen zum 31.05.2022 angedeutet worden. Für 2023 wurden aus diesen Zahlen Einmaleffekte herausgerechnet und vorliegende individuelle Informationen aus den Unternehmen berücksichtigt. Im Ergebnis kann der Ansatz gegenüber 2022 um gut 6 Mio. EUR auf 57,2 Mio. EUR erhöht werden. Die Gewerbesteuer bleibt mit 45,82 % weiterhin die ertragsreichste Steuerquelle der Stadt Rheine. Bei Anwendung der auch für die Gewerbesteuer gekürzten Steigerungsraten aus den Orientierungsdaten ergeben sich die dargestellten Ansätze für die Folgejahre.

Der **Gemeindeanteil an der Einkommensteuer** wurde mangels aktueller Orientierungsdaten unverändert aus dem Haushaltsplan 2022 übernommen. Er wird mit 37,353 Mio. EUR kalkuliert. Das sind 1,939 Mio. EUR mehr gegenüber 2022.

Auch der **Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer** konnte nur aus dem Haushaltsplan 2022 übernommen worden und beträgt 7,468 Mio. EUR. Das führt zu Mehrerträgen gegenüber 2022 von 210 TEUR.

Bei den **Vergnügungssteuern** sind die Auswirkungen des Glücksspielstaatsvertrages auf die **Apparatesteuer** bereits zur Haushaltsplanung 2021 näher konkretisiert worden. Der Ansatz wurde ab 2022 um 350 TEUR reduziert. Endgültige Klarheit über die Entwicklung liegt aber auch zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht vor. Die Verwaltung geht aktuell davon aus, dass weitere Schließungen von Spielhallen nicht erforderlich sind. Unter Berücksichtigung des derzeitigen Bescheidstandes kann der Ansatz für die **Apparate und Wettbürosteuer** deshalb um 65 TEUR erhöht werden, bei der **Steuer auf sexuelle Vergnügungen** können 5 TEUR mehr eingeplant werden. Bei allen diesen Werten wird unterstellt, dass 2023 keine Belastung mehr durch die Corona-19-Pandemie erfolgt.

Die aktuelle Bescheidlage bei der **Hundesteuer** lässt eine Ansatzserhöhung um 10 TEUR auf 418 TEUR zu.

Die **Kompensationsleistungen insbesondere für Verluste durch die Neuregelung des Familienleistungsausgleichs** werden nicht im Einkommensteueranteil erfasst. Sie werden im Rahmen des GFG als Zuweisungen an die Gemeinden weitergegeben. Für 2023 ergibt sich ein landesweites Aufkommen von 1,013 Mio. EUR. Unter Anwendung der Schlüsselzahl für den Gemeindeanteil an der Einkommensteuer wurde der Betrag von 3,828 Mio. EUR ermittelt. Das sind 359 TEUR mehr gegenüber 2022.

Das Ministerium für Heimat, Kommunales, Bau und Digitalisierung (MHKBD) hat Ende August die gemeinsam mit den kommunalen Spitzenverbänden erstellte Arbeitskreis-Rechnung zum Finanzausgleich 2023 veröffentlicht. Der Ansatz für die **Schlüsselzuweisung** ist daraus entnommen worden und beträgt 29,700 Mio. EUR. Die Schlüsselzuweisung erhöht sich gegenüber 2022 um 3,516 Mio. EUR und gegenüber der Planung für 2023 im Haushaltsplan 2022 sogar um 8,592 Mio. EUR.

Entscheidende Kriterien für die Berechnung der Schlüsselzuweisung sind die landesweit insgesamt zur Verfügung stehende Finanzausgleichsmasse sowie die Entwicklung des Bedarfs und der Steuerkraft von Rheine und allen anderen Kommunen in NRW.

In den Orientierungsdaten für den Zeitraum 2022 – 2025 hat das Land für 2023 noch einen Rückgang der Finanzausgleichsmasse von 2,8 % prognostiziert. In der nun vorliegenden Arbeitskreis-Rechnung erhöht sie sich aber um 9,3 %. Diese Verbesserung von 12,1 Prozentpunkten erklärt die große Abweichung zu den bisherigen Planungsannahmen.

Auf der Grundlage von finanzwissenschaftlichen Gutachten wurde die **Systematik** im Gemeindefinanzierungsgesetz (GFG) 2022 fortentwickelt. Auch im GFG 2023 gehören dazu die Grunddatenaktualisierung zur Ermittlung des fiktiven Finanzbedarfs und die Berechnung der normierten Steuerkraft der Gemeinden sowie unterschiedliche fiktive Hebesätze für kreisfreie und kreisangehörige Gemeinden. Leider ist die für 2023 geplante Umsetzung der 2. Stufe bei den unterschiedlichen Hebesätzen aber nicht erfolgt.

Die **Steuerkraft** von Rheine und allen anderen Kommunen in NRW hat sich tendenziell gleich entwickelt (Rheine +9,45 %; Landesdurchschnitt +8,37 %).

Der Betrag aus der Arbeitskreis-Rechnung ist noch vorläufig, da einzelne Daten noch nicht in der erforderlichen Aktualität verfügbar sind. Dies gilt insbesondere für die Steuererträge des Landes im III. Quartal, wodurch sich die Finanzausgleichsmasse noch ändern kann. Die im IV. Quartal zu erwartende GFG-Modellrechnung wird dann die endgültigen Daten enthalten.

Neben der Schlüsselzuweisung zahlt das Land seit 2019 im Rahmen des GFG eine sogenannte **Aufwands- und Unterhaltungspauschale** als allgemeine Deckungsmittel ohne Berücksichtigung der Steuerkraft. Dank der positiven Entwicklung der Einwohnerzahlen in Rheine im Vergleich mit NRW kann mit einem Mehrertrag gegenüber 2022 von 4 TEUR gerechnet werden.

Bis einschließlich 2019 erfolgte eine **Beteiligung der Kommunen an den finanziellen Belastungen des Landes aufgrund der Deutschen Einheit (Einheitslasten)** über die Gewerbesteuerumlage. Die letzte Spitzabrechnung fand im Jahr 2021 für das Jahr 2019 statt. Somit sind hierfür keine Veranschlagungen in 2023 erfolgt.

Die Planung und Abwicklung der **Wasser- und Bodenverbände (WuB)** nach § 64 Landeswassergesetz NRW erfolgt ab 2022 über den Wirtschaftsplan der Technischen Betriebe. Die entsprechenden Ansätze im Sonderbereich 9 sind deshalb auf 0 gesetzt worden.

Die **Konzessionsabgaben** sind noch der Unternehmensplanung 2022 - 2025 der Energie- und Wasserversorgung Rheine GmbH entnommen worden und können sich nach Überarbeitung dieser Unternehmensplanung noch ändern. Sie liegen mit 3,947 Mio. EUR derzeit um 41 TEUR über dem Ansatz 2022.

Die Zinsen und Verspätungszuschläge Gewerbesteuer müssen von 220 TEUR auf 80 TEUR reduziert werden. Hintergrund ist ein Urteil des Bundesverfassungsgerichtes aus 2021, das die Verzinsung von Steuernachforderungen und Steuererstattungen tlw. für verfassungswidrig erklärt hat. Der Gesetzgeber hat daraufhin den Zinssatz angepasst (von 0,5 auf 0,15 Prozent pro Monat), was zu den drastischen Mindererträgen führt.

Zwischenergebnis Ordentliche Erträge

Insgesamt verbessern sich die Ordentlichen Erträge gegenüber dem Vorjahr um 12,325 Mio. EUR oder 8,37 %.

Aufwendungen

Bei den **Personalaufwendungen** wurden 83 TEUR für notwendige Zuführungen zu Pensionsrückstellungen beim Wechsel von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zu anderen Dienstherrn eingeplant.

Die **Versorgungsaufwendungen** setzen sich einerseits zusammen aus der Umlage an die Westfälisch-Lippische Versorgungskasse (6.207 TEUR, 181 TEUR mehr als 2022) und aus den Beihilfen an die Pensionsberechtigten (960 TEUR, 195 TEUR mehr). Andererseits ist hier auch die Auflösung von Pensions- und Beihilferückstellungen (1,167 Mio. EUR, 125 TEUR mehr) in Abzug zu bringen.

Die Ansätze für die **Gewerbsteuerumlage** 2023 und die Folgejahre sind auf der Grundlage der geplanten Gewerbesteuer und der entsprechenden Umlagesätze berechnet worden. Für 2023 bedeutet das ein Betrag von 4,659 Mio. EUR.

Bei der **Kreisumlage** wurde der aktuelle Vorschlag der Kreisverwaltung zum Hebesatz (31,17 v.H.) für alle Jahre zugrunde gelegt. Die Umlage steigt aufgrund der vorgeschlagenen Anhebung des Hebesatzes um 8,264 Mio. EUR gegenüber 2022 und liegt um 9,559 Mio. EUR über dem bisher für 2023 geplanten Ansatz. Der Kreis begründet dies u.a. mit einer um 9,245 Mio. EUR geringeren eigenen Schlüsselzuweisung und einer um 22,631 Mio. EUR höheren Landschaftsumlage. Trotz dieser sehr hohen Steigerungen bei der Kreisumlage ist die Kreisverwaltung weiterhin nicht bereit, die Ausgleichsrücklage des Kreises zur Minderung einzusetzen.

Die Krankenhausinvestitionsumlage musste auf der Basis der derzeitigen Festsetzungen auf 1,163 Mio. EUR erhöht werden.

Zwischenergebnis Ordentliche Aufwendungen

Insgesamt steigen die Ordentlichen Aufwendungen gegenüber dem Vorjahr um 9,047 Mio. EUR bzw. 19,05 %.

Finanzerträge und -aufwendungen

Aufgrund der Liquiditätsslage und des aktuellen Zinsumfeldes wurden weiterhin keine **Finanzerträge** eingeplant.

Für **Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen** wurden 2,696 Mio. EUR veranschlagt. Die Zinsaufwendungen für Investitionskredite sind mit 2,558 Mio. EUR geplant, das sind 56 TEUR weniger als 2022. Hintergrund ist der hohe rechnerische Kreditbedarf, der sich aus dem großen Volumen an Investitionsprojekten ergibt. Für Verwahrungsgelte sind keine Mittel mehr veranschlagt. Die Zinsen für Liquiditätskredite mussten auf 103 TEUR angehoben werden. Die Erstattungszinsen bei der Gewerbesteuer können aufgrund des obigen Urteils des Bundesverfassungsgerichtes auf 35 TEUR halbiert werden.

Zwischenergebnis Finanzergebnis

Insgesamt verbessert sich das Finanzergebnis gegenüber dem Vorjahr um 64 TEUR bzw. 2,30 %.

Außerordentliche Erträge

Auch für die Jahre 2023 – 2025 beabsichtigt die Landesregierung, den Kommunen eine Isolierung von coronabedingten Belastungen zu ermöglichen. Außerdem sollen auch Belastungen, die sich als Folge des Ukraine-Krieges ergeben, isoliert werden können.

Die Bezirksregierung Münster hat in einem Erlass die Kommunen ermächtigt, schon vor Beschluss entsprechender Gesetze diese Isolierung vorzunehmen und einen entsprechenden außerordentlichen Ertrag einzuplanen.

Da aktuell noch keine konkreten Vorgaben vorliegen, hat die Verwaltung hinsichtlich der coronabedingten Belastungen unterstellt, dass die bisherigen Regelungen im Gesetz zur Isolierung der aus der Covid-19-Pandemie folgenden Belastungen in den kommunalen Haushalten (NKF-CIG) unverändert fortgelten (einschl. Vergleichsjahr 2020). Für die Belastungen aus dem Ukraine-Krieg geht die Verwaltung davon aus, dass Regelungen analog der Corona-Isolierung beschlossen werden, als Vergleichsjahr ist 2022 zugrunde gelegt worden.

Die Isolierungsbeträge der Jahre 2023 – 2025 sind in den Anlagen 9 und 10 detailliert dargestellt. Eine Isolierung des letzten Finanzplanungsjahres 2026 will das Land nicht ermöglichen.

Sollte die noch zu beschließenden gesetzlichen Regelungen andere Vorgaben enthalten, sind Anpassungen erforderlich.

Interne Leistungsverrechnung

Die Erträge für die Grundsteuern A und B, die die Stadt Rheine für eigene Grundstücke an sich selber zu leisten hat, sind nach statistischen Vorgaben über die **Interne Leistungsverrechnung** abzubilden und betragen 157 TEUR.

Fazit Ergebnisplan

Insgesamt verbessert sich das Teilergebnis für den Sonderbereich 9 gegenüber den bisherigen Planungsannahmen aus 2022 für 2023 um 2,697 Mio. EUR oder 2,55 %. Gegenüber dem Vorjahr 2022 ergibt sich eine Verbesserung von 2,791 TEUR bzw. 2,64 %.

II. Investitionsplan

Im Teilinvestitionsplan 9 – Zentrale Finanzleistungen sind grundsätzlich jeweils nur eine Einzahlung und eine Auszahlung aus Investitionstätigkeit zu verzeichnen.

Haushaltsplan-Entwurf
2023

Ergebnis	Haushaltsplan		Finanzplan		
	2021	2022	2023	2024	2025
TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR

Teil-Investitionsplan Bereich 91 - Zentrale Finanzleistungen

Ein- und Auszahlungsarten

18	+ Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen	4.142	4.310	4.773	4.988	5.223	5.468
23	Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	4.142	4.310	4.773	4.988	5.223	5.468
27	- Erwerb von Finanzanlagen	0	0	0	0	0	0
	<i>Absicherung von Pensionslasten</i>	0	0	0	0	0	0
30	Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	0	0	0	0	0	0
31	Saldo aus Investitionstätigkeit	4.142	4.310	4.773	4.988	5.223	5.468

nachrichtlich

Investitionsplanung 2022-2025

Veränderung

4.215

558

4.405

583

4.612

611

Bei der Einzahlung handelt es sich um die allgemeine Investitionspauschale. Der Ansatz von 4,773 Mio. EUR für 2023 basiert wie die Schlüsselzuweisungen auf der Arbeitskreis-Rechnung und kann sich noch ändern. Gegenüber 2022 steigt er um 463 TEUR.

Der Erwerb von Finanzanlagen soll dazu dienen, die sich aus den Pensionsrückstellungen ergebenden zukünftigen Belastungen im Liquiditätsbereich abzumildern. Aufgrund der aktuell fehlenden finanziellen Mittel sind allerdings keine Ansätze eingeplant worden.